

Beschluss der 112. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz

Jugend beteiligen – aktive Kommunen haben Zukunft!

Adressat*innen:	Politiker*innen in den Kommunen
	Mitglieder des Landtags & der Landesregierung
	Freie und öffentliche Träger der Jugendarbeit
	Kommunale Spitzenverbände
	Träger*innen politischer Bildung
	Landesschüler*innenvertretung
	Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen

Die Erkenntnisse aus der Jugendstrategie des Landes „JES! Jung. Eigenständig. Stark.“, dem Praxisentwicklungsprojekt „PEP“, dem 2. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz sowie dem Projekt „Gute Jugendpolitik“ des Landesjugendringes, insbesondere in der Modellkommune Bad Dürkheim, haben erneut deutlich gezeigt: Jugend findet vor Ort statt. Darum ist es wichtig, Jugendliche gerade vor Ort in die demokratische Gesellschaft einzubinden.

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz fordert die Politiker*innen daher auf, wirksame und jugendgerechte Beteiligung in den Kommunen zu entwickeln und umzusetzen.

Dies gelingt:

- indem Politiker*innen aktiv werden und die Beteiligung von Jugendlichen in ihren Kommunen von sich aus anstoßen und verfolgen.
- wenn Jugendliche respektiert und als vollwertige und gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft und Gesprächspartner*innen auf Augenhöhe wahrgenommen werden. Dies drückt sich aus durch:
 - Wirksamkeit, das heißt Verwirklichung der von Jugendlichen (mit)getroffenen Entscheidungen, also echte Mitbestimmungsmöglichkeiten
 - aktives Stimmrecht in Gremien, in denen Themen besprochen werden, die insbesondere Jugendliche betreffen
 - Entwicklung und Etablierung jugendgerechter Partizipationsformen
 - die Begleitung dieses Vorgehens mit geeignetem Personal sowie die Bereitstellung von finanziellen und räumlichen Ressourcen (pädagogisch begleitete Räume, öffentliche Räume, unverzweckte Räume)

- durch die Bildung von Netzwerken aus Jugendlichen, Politiker*innen, Jugendarbeiter*innen aus der offenen und verbandlichen Jugendarbeit und zivilen Akteur*innen in den Kommunen.
- nicht zuletzt durch die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, wie bereits im Beschluss „Beteiligung mit Zukunft“ 2012 gefordert, denn dies ist der direkteste Schritt der wirksamen Beteiligung.

Wir fordern daher alle Kommunen auf, bei sich vor Ort die Lage professionell zu analysieren (Merkmale jugendfreundlicher Kommunen), eine Jugendstrategie (Jugendpflege) zu erarbeiten und umzusetzen (Jugendarbeit) – und sich für das Wahlalter 16 stark zu machen.

Begründung:

Ungefähr ein Viertel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung ist 27 Jahre und jünger. Auch, wenn die Jugendlichen von heute noch am längsten in unserer Gesellschaft leben, haben sie wenig bis keine politische Gestaltungsbefugnis. Der demografische Wandel wird dafür sorgen, dass eine immer kleinere Menge junger Menschen ihre Interessen in der Gesellschaft vertreten muss. Es geht dabei nicht darum, Generationen gegeneinander auszuspielen, sondern um faire Interessenverhandlungen. Es muss daher heißen: je weniger Jugendliche, umso mehr Aufwand sollte betrieben werden. Das unterstreicht auch der 2. Kinder- und Jugendbericht mit der Feststellung, dass nur 70% der Jugendlichen mit ihrem Leben zufrieden sind und zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Jugend findet vor Ort statt. Viele Entscheidungen, die Jugendliche direkt betreffen, wie beispielsweise Freizeitangebote, öffentlicher Personennahverkehr oder Bau- und Infrastrukturplanung werden vor Ort getroffen. Durch unmittelbare Einflussnahme auf das eigene Umfeld ist es leichter, das Interesse von Kindern und Jugendlichen für Politik und Demokratie zu wecken als durch abstrakte Befassung mit dem Thema. Demokratie wird vor Ort erlernt, erprobt, verteidigt – in Jugendarbeit, Jugendverbänden, Schule und in der Kommune/Gesellschaft. Durch die Möglichkeit der Mitgestaltung entsteht eine stärkere Bindung an das eigene Umfeld. Daher kann Jugendbeteiligung auch als weicher Standortfaktor betrachtet werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Kinder- und Jugendliche eher sozialräumlich als in Verwaltungsgliederungen denken und erleben. Genau wie bei Erwachsenen sind nicht alle Jugendlichen gleich, sondern es müssen unterschiedliche Jugendlichen berücksichtigt werden. Jugendliche interessieren sich nicht nur für „Jugendthemen“ (z.B. Skaterbahn), sondern für alle Themen die (auch) sie betreffen.

Nichts befeuert Politikverdrossenheit so sehr wie das Gefühl, keinen Einfluss nehmen zu können. Wenn Jugendliche beteiligt werden, müssen die von ihnen (mit)getroffenen Entscheidungen auch tatsächlich Konsequenzen haben. „Pseudo-Beteiligung“ und die Verzweckung Jugendlicher durch Politiker*innen ist strikt abzulehnen. Dazu gehört auch, dass Jugendliche den Freiraum erhalten, eigene Themen und Wege zu finden. Den Aushandlungsprozess unterschiedlicher Sichtweisen und Widersprüche müssen die Erwachsenen auf Augenhöhe führen. Jugendliche sind keine kleinen Erwachsenen. Sie haben eigene Vorstellungen und Kommunikationsformen. Politiker*innen müssen sich daher von einem engen, formalen/institutionalisierten Partizipationsverständnis lösen und Jugendliche nicht in „erwachsene Modelle“ zwingen wollen. „Jugendräte“ oder „Jugendparlamente“ müssen daher nicht zwangsweise bevorzugte Beteiligungsformate sein.

Jugendbeteiligung ist kein Selbstläufer. Um Jugendbeteiligung zu beginnen und mit Leben zu füllen, bedarf es des ehrlichen und offenen Willens der Politiker*innen und Jugendlichen sowie der dauerhaften Unterstützung durch Fachkräfte. Sie dienen als „Übersetzer*innen“ zwischen Politik und Jugend, als Unterstützer*innen der Jugendlichen, sie können helfen, Übergänge zwischen Altersgruppen zu gestalten, um die Nachhaltigkeit zu sichern und - falls notwendig - als „Anwält*innen“ fungieren. Jugendarbeit ist kommunale Pflichtaufgabe – und für gelingende Jugendbeteiligung unabdingbar. Besonders gut funktioniert Jugendbeteiligung, wenn sie durch ein breites Netzwerk aus Politik, Jugendarbeit und Gesellschaft gestützt wird.

Jede Kommune ist unterschiedlich, daher können auch die Beteiligungsformate nur individuell entwickelt werden. Regionale Berichterstattung (permanentes, präzises, lokales Wissen über Probleme, Bedarfe und Lebenslagen der Jugendlichen) ist zur Analyse sehr hilfreich, aber im Endeffekt muss die Jugendbeteiligung im Dialog vor Ort von Politiker*innen und Jugendlichen gemeinsam ausgehandelt werden.

Beispiele für Beteiligungsformate sind:

- Schriftliche Befragungen, Interviews,
- Beteiligungsaktionen, Forscheraktionen
- Jugendparlamente, -foren
- Runde Tische, Workshops
- Jugendsprechstunden
- Jugend-Check
- „Meckerkasten“
- Zukunftswerkstatt, Ideenwerkstatt
- Jugendbeauftragte
- Projektbezogene Jugendbeteiligung

Viele dieser Formate können sinnvoll durch digitale Medien unterstützt werden. Die Strukturen, Netzwerke und Beziehungsarbeit pädagogischer Fachkräfte ersetzen sie aber keineswegs.

Auf Landesebene wird Jugendbeteiligung durch die Jugendstrategie „JES!“ unterstützt, deren Ziel es ist, eine eigenständige und ressortübergreifende Jugendpolitik für ganz Rheinland-Pfalz zu entwickeln. Kommunen können hier finanzielle Unterstützung für Beteiligungsprojekte („Förderung von Beteiligungsprojekten“), aber auch für personelle Unterstützung zur Entwicklung einer eigenen kommunalen Jugendstrategie („Politisch bilden – Demokratie erfahren – Jugend(sozial)arbeit vernetzen“) erhalten.

Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, wie sie in den meisten anderen Bundesländern bereits üblich ist, ist lange überfällig.

Anlage:

Checkliste „Merkmale jugendfreundlicher Kommunen“

Beschlossen durch die 112. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 06. April 2019 in Osthofen.

Checkliste: Merkmale jugendfreundlicher Kommunen

	✓	✓ ✓
Angebote der Jugendarbeit sind vor Ort vorhanden und werden auch angenommen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Initiativen von Jugendlichen werden unterstützt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es gibt Aufenthaltsorte und Jugendliche vor Ort.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es gibt schulische Bildungsorte vor Ort bzw. eine mindestens stündliche Bus- oder Bahnverbindung zum nächstgelegenen Bildungsort.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es gibt außerschulische Bildungsangebote für Jugendliche vor Ort.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Jugendlichen der Gemeinde bleiben am Ort bzw. kehren zurück.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Jugendarbeitslosigkeit ist unterdurchschnittlich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es gibt jugendgerichtete Strukturprogramme, z. B. „junges Wohnen“ oder Ausbildungsoffensiven.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Jugendliche bekleiden in Vereinen, Parteien etc. Ämter und übernehmen Verantwortung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es gibt ein Jugendparlament oder eine andere Form der legitimierten Jugendvertretung (z. B. Jugendsprecher*in) mit Stimmrecht im Kommunalparlament.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es gibt ein kommunales Rahmenkonzept zur Jugendbeteiligung in der Kommune.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Der Ansprechpartner bzw. die Ansprechpartnerin der Verwaltung für die Belange Jugendlicher in der Kommune ist diesen bekannt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Informationen über die Beschlüsse und Aktivitäten des Kommunalparlamentes werden zusätzlich in jugendgerechter Form veröffentlicht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es gibt einen eigenen Etat für Jugendpolitik im Haushalt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ein Jugendcheck oder ein ressortübergreifendes Gremium, das das Leitbild „Jugendfreundlichkeit“ regelmäßig überprüft ist etabliert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>